

Anonymisiertes Schreiben vom 6. Juni 2011 an Dr. Axel Troost,
finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Geplante Einführung und Erweiterung der Schulden- und Transferunion sowie
teilweise Entmachtung des Deutschen Bundestages

Sehr geehrter Herr Troost,
ich wende mich an Sie als zutiefst besorgter Bürger Deutschlands. Ich
stelle mit beinahe täglich wachsendem Entsetzen fest, dass bereits im Laufe
der letzten Jahre - und zwar ohne jedes echte Mandat, ohne jede Mitwirkung
seitens oder auch nur fundierte Information der Bevölkerung - den
Einwohnern Deutschlands Risiken und Bürgschaften über viele Milliarden Euro
aufgebürdet wurden mit dem angeblichen Ziel, eine Euro-Krise zu verhindern
oder zu mindern. Zusätzlich wurden Kredite an andere Euro-Staaten gegeben,
durch glatten Vertragsbruch verbindlicher Verträge (Art. 125 der EU-
Verträge), an Staaten, deren Kreditwürdigkeit nicht mehr vollständig
gegeben war und bei denen aus diesem Grund diese Kredite ebenfalls als
Risiken einzustufen sind.

Nicht nur das, es wurden auch wesentliche Statuten der europäischen
Zentralbank (EZB), die es zum Schutze der Bevölkerungen der Euro-Länder
gibt, gebrochen, ohne dass es hierfür eine Legitimation gab. Insbesondere
wurde die EZB de facto oder anscheinend gezwungen oder veranlasst,
Staatsanleihen von Euro-Ländern aufzukaufen und zwar über Marktpreis und
ohne dass es einen echten, nachvollziehbaren Grund hierfür gab. Die damit
einhergehenden Risiken tragen die Einwohner Deutschlands ebenfalls
teilweise.

Diese ganzen schweren Vertragsbrüche, die zu Lasten der Bürger wirken,
sollen jetzt unter anderem durch Sie legalisiert, institutionalisiert und
unumkehrbar gemacht werden. Und zwar in Form der Aufhebung der essentiellen
no-bail-out-Klausel (Art. 125 der EU-Verträge) durch eine raffiniert
formulierte, grob irreführende Ergänzung des Art. 136. Zusätzlich sollen
Institutionen und Regeln (EFSF, ESM, möglicherweise Eurobonds usw.)
erweitert bzw. geschaffen werden, die extreme finanzielle Belastungen für
die Zukunft darstellen können und mit fast absoluter Sicherheit darstellen
werden. Im Ergebnis wird die Möglichkeit für Euro-Länder geschaffen,
Kredite

in immenser Höhe aufzunehmen (die Rede ist von zurzeit 0,7 Billionen Euro,
aber das wird bestimmt nur der Anfang sein, wenn man die bisherigen,
ständigen und massiven Erhöhungen dieser Summen verfolgt), für die Bürger
Deutschlands teilweise haften sollen. Es soll das Geld der Bürger
Deutschlands verschleudert werden.

Und nicht zuletzt werden auf diese Weise Vorbereitungen für eine
eigenständige Verschuldung der EU geschaffen, denn die fraglichen
Bürokratien sind ja praktischerweise bereits EU-Bürokratien und erste
Vorschläge in dieser Richtung hat es schon gegeben.

Deutschland hat in diesem Moment - wenn alles schief geht - ein
Verlustrisiko in Höhe von mehr als 500 Milliarden Euro; hiervon entfallen
allein über 300 Milliarden auf Dispo-Kredite, die die Bundesbank die
letzten

Jahre über quasi heimlich an der Öffentlichkeit vorbei anderen
Euro-Notenbanken gegeben hat.

Sie - bzw. ihre Amtskollegen - aber planen, nochmals weitere Verlustrisiken
einzugehen, die - wenn alles nicht so optimal läuft - ohne weiteres
dutzende Milliarden, wahrscheinlich aber - wenn man sich den bisherigen
Verlauf anschaut - noch viel mehr pro Jahr betragen können.

Anderen Ländern soll es auf unbeschränkte Zeit möglich gemacht werden,
Kredite in extremer Höhe aufzunehmen, für die u.a. Deutschland haften soll.

Hierbei besteht zusätzlich zum Verlustrisiko noch die akute Gefahr, dass die Gelder unterm Strich nie zurückgezahlt werden, weil bei Fälligkeit immer wieder neue Anschlusskredite vergeben werden. Die Kreditsumme wäre in einem solche Falle verschenkt worden.

Und das alles ohne jeden echten, nachvollziehbaren Grund und gegen massivsten, dringendsten Rat von kompetenten, unabhängigen Fachleuten. Denn die Alternative zu solchen Krediten wäre ja schlicht und ergreifend, dass diese Länder ihre Staatshaushalte in Ordnung bringen, dann wären sie auch wieder kreditwürdig.

Es sind aus diesem Grund bereits etliche Verfassungsbeschwerden anhängig, da die de facto Einführung einer Transferunion grob verfassungswidrig ist.

Selbst eine nur teilweise Umsetzung der jetzigen Planungen würde im Ergebnis eine substantielle Teilentmachtung des Bundestages bewirken.

Auf den Bundeshaushalt kämen unkalkulierbare Risiken zu, je nachdem, was ausländische Politiker gerade tun oder nicht tun, können binnen Tagen viele Milliarden an Verlustausgleichszahlungen fällig werden.

Und ein Ausstieg aus einer solchen Schulden- und Transferunion wäre unmöglich, sobald erst einmal die EU-Verträge entsprechend geändert sind, da alle profitierenden Staaten dies aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips verhindern würden.

Ich möchte nicht, weder direkt noch indirekt, weder für mich selbst noch für meine Kinder oder Enkel, für fremde Schulden oder eingegangene Risiken haften oder zahlen, egal auf welche Weise. Sie haben kein Mandat, keine Legitimität, kein Recht, derartiges mir oder anderen Bürgern und Bürgerinnen aufzuzwingen.

Konkret müssen jetzt sofort folgende geplante Aktionen verhindert werden:

- * Die geplante de facto Streichung der so genannten no-bail-out-Klausel in den EU-Verträgen (Art. 125) durch zusätzlich einzuführende Klauseln in Art. 136 muss verhindert werden. Nur die no-bail-out-Klausel in ihrer ursprünglichen, absoluten Fassung schützt Deutschland davor, für Schulden anderer Länder zu haften oder zu zahlen. Es darf keine zusätzlichen Klauseln geben (Erweiterung des Art. 136), die die no-bail-out-Klausel unterlaufen (könnten).

- * Die Ausweitung des Rettungsschirms, jegliche weitere Kreditvergabe oder Übernahme von Bürgschaften, jegliche Ausweitung der Kompetenzen oder Dauer des EFSF-Fonds müssen verhindert werden; dieser Fonds muss zwingend spätestens 2013 endgültig und ersatzlos geschlossen werden. Es darf in keinem Falle der ESM-Fonds eingerichtet werden, schon gar nicht mit einem erweiterten Kreditvergabevolumen.

- * Der Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB, die Bundesbank, andere Euro-Notenbanken, dem EFSF oder ESM muss dauerhaft verhindert werden; bereits getätigte Ankäufe müssen sofort und vollständig rückabgewickelt werden

- * Alle Kredite, die die Bundesbank an die EZB sowie andere Euro-Notenbanken vergeben hat, müssen sofort (bis Ende März 2011) zurückgezahlt werden

- * Die Einführung von Euro-Bonds muss dauerhaft verhindert werden

- * Die Einführung eines Steuererhebungsrechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden

- * Die Einführung eines Kreditaufnahmerechts der EU (inkl. aller Unterorganisationen) muss dauerhaft verhindert werden

- * Die vollständige Unabhängigkeit der EZB, der Bundesbank sowie aller weiteren Euro-Notenbanken und aller weiteren Institutionen des Geldsystems (z.B. Aufsichtsbehörden, EFSF) von jeglichem Regierungs- oder Politikereinfluss muss gewährleistet werden

- * Sowie jede Umgehung der obigen Punkte und weitere Maßnahme, die zu einem Verlustrisiko führen oder die Budgethoheit des Bundestages berühren könnte

Weiterhin müssen kurzfristig (bis September 2011) folgende Gesetze bzw. Regeln geändert werden, um die Überschuldungskrise kurzfristig zu beenden bzw. deutlich zu vermindern und zuverlässig für die Zukunft zu verhindern:

- * Die Aufnahme von unabänderlichen Verboten der Kreditaufnahme für

sämtliche Staatshaushalte in das Grundgesetz bzw. die Länderverfassungen; sowie zusätzlich das selbstverständliche Verbot der unvollständigen Bilanzierung (Schattenhaushalte); das Verbot muss strafbewehrt sein und jede/r Einwohner/in muss kostenlos, unmittelbar und mit aufschiebender Wirkung klagen können, eine Verbandsklage etc. muss ebenfalls zugelassen werden

* Die Erhöhung des vorgeschriebenen Eigenkapitals von Unternehmen, die

Kredite vergeben; insbesondere müssen für Staatenleihen mindestens 30% der Summe an Eigenkapital und/oder Einlagen vorgehalten werden

* Verbot der Finanzierung des Eigenhandels („Spekulation“) der Banken durch die Notenbank bzw. durch die Geldschöpfung aus dem Nichts

* Herstellung der vollständigen Unabhängigkeit der EZB sowie aller nationalen Notenbanken von allen Regierungen und Politikern. Diese dürfen sich nur der Bevölkerung verpflichtet fühlen.

Das alles reicht aber noch nicht. Zurzeit werden unabhängig von der Krise hunderte Milliarden Euro pro Jahr durch die Inflationssteuer innerhalb der Euro-Länder umverteilt und zwar weg von den meisten Bürgern. Mit dieser Ausbeutung muss jetzt Schluss sein. Daher die Forderung, die Geldschöpfung aus dem Nichts bis spätestens Ende 2011 zu beenden.

Sollte es nicht möglich sein, alle Euroländer auf die lückenlose Einführung aller obigen Punkte zu verpflichten, muss sofort mit der Wiedereinführung der DM begonnen werden und zwar unter Einhaltung aller Punkte.

Mir ist sehr klar, dass man die jahrzehntelange falsche Ordnungs-, Geld-, Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht in wenigen Wochen ungeschehen machen kann, und Sie selbst keinen direkten Einfluss auf die Behebung der schweren Fehler haben, die im Ausland begangen wurden. Auch mögen einige Fristen ein wenig länger sein, als oben von mir gefordert. Es mag auch in der Realität unumgänglich sein, Steuergelder einzusetzen, aber nur, wenn vorher alle anderen Punkte vollständig umgesetzt wurden und alle diejenigen, die einen Anteil an der Krise haben, einen substantiellen, deutlich größeren Beitrag geleistet haben.

Ich erwarte, dass Sie ihrem Amtseid („Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen [...] werde.“) gerecht werden; an diesem werde ich Sie messen und die Geschichtsschreibung wird Sie an diesem messen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, mir detailliert aufzuzeigen, was Sie selbst wann genau tun werden, um die obigen Punkte zugunsten der Einwohner Deutschlands umzusetzen, um die finanzielle Katastrophe für Deutschland und seine Bürger/innen zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen

<anonymisiert>

P.S.: Falls Ihnen die Sachlage und Hintergründe der Überschuldungskrise nicht bereits klar sind, finden Sie z.B. auf www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de <<http://www.nein-zur-transferunion-fuer-stabiles-geld.de/>> entsprechende Informationen; von dort stammen auch Teile dieses Textes.



Dr. Axel Troost, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Berlin

Deutscher Bundestag – Jakob-Kaiser-Haus
Haus Süd, Raum 3.849
Wilhelmstr. 68 A
11011 Berlin
Telefon (030) 227 – 71 286
Fax (030) 227 – 76 286
Mobil (0172) 3 91 00 95
E-Mail axel.troost@bundestag.de
Web www.axel-troost.de

Berlin, 23.06.2011

Sehr geehrter Herr <xxx>,

vielen Dank für ihr ausführliches Schreiben zur Euro-Krise.

Ich möchte nicht auf sämtliche Feststellungen und Einzelforderungen reagieren, sondern auf das Kernanliegen ihres Schreibens. Ich kann Ihnen in wenigen Punkten zustimmen, den Grundtenor und den Großteil ihrer Argumente teile ich jedoch nicht.

Zu ihrer Sorge um eine Transferunion:

Ich kann nicht nachvollziehen, weswegen Transfers zwischen den Staaten Europas eine Sünde darstellen sollen, während wir in der Bundesrepublik andererseits einen grundgesetzlich legitimierten Transfer zwischen Bundesländern organisieren (Artikel 106 GG). Ich sehe nicht ein, weswegen Solidarität an den Grenzen der Bundesrepublik halt machen soll. Dafür geben Sie auch keine Begründung. Im Falle der Rettungsmaßnahmen handelt es sich in erster Linie aber gar nicht um einen Akt der Solidarität, sondern um Politik im Interesse aller Staaten der Währungsunion einschließlich Deutschlands.

Den Krisenstaaten nicht beizustehen, hätte eine Kette von Insolvenzen (Banken, Unternehmen, womöglich Staaten) bedeutet. Die Folge wäre eine tiefe Wirtschaftskrise in Europa gewesen. Portugal, Irland und Griechenland haben bisher Kredite und Bürgschaften erhalten und zahlen dafür auch Zinsen. Das Geld wurde nicht verschenkt, sondern unter harten Auflagen verliehen. Die extremen Sparmaßnahmen in Griechenland, Portugal oder Irland erwähnen Sie mit keinem Wort. „Die quantitativen Fiskalkriterien des Programms seien im ersten Quartal erreicht wurden“, schreibt die Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) angesichts der Überprüfung des griechischen Anpassungsprogramms. Die Verschlechterung der Haushaltslage liegt demnach nicht an mangelndem Sparwillen, sondern an Steuerausfällen infolge der Kürzungsprogramme. Dies hätte man voraussehen können und entsprechend früher zu angemessenen Reformen kommen können. In einer Währungsunion gelten nun einmal besondere Gesetze: Der einheitlichen Währung hätte eine sehr viel stärkere politische Integration und vor allem eine makroöko-

Bürgerbüro Borna:

Markt 6, 04552 Borna, Telefon (03433) 855 855, Fax (03433) 855 856, E-Mail: axel.troost@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Torgau:

Schloßstr. 12, 04860 Torgau, Telefon (03421) 776 365, Fax (03421) 776 272, E-Mail: axel.troost@wk2.bundestag.de

nomische Koordinierung folgen müssen. Schließlich verzichten die Staaten einer Währungsunion auf wichtige Steuerungsinstrumente, wie die Anpassung von Wechselkursen oder die Änderung von Leitzinsen. Ein Verzicht auf wirtschaftliche Koordinierung führt fast unweigerlich in einen Standortwettbewerb, der nicht mehr durch Währungsabwertung gekontert werden kann, und zum Aufbau gefährlicher Ungleichgewichte. Der Staat, der seit Einführung der Währungsunion mit restriktiver Lohnpolitik extrem aus der Reihe getanzt ist, ist übrigens die Bundesrepublik. Die damit zusammenhängenden hohen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands sind kein Zeichen nachhaltiger Wirtschaftspolitik und die deutsche Wirtschaftspolitik ist deswegen auch kein Vorbild für Europa.

Damit sie mich nicht falsch verstehen: Berichte über Steuerhinterziehungen, Korruption und andere Formen der Misswirtschaft ärgern mich ebenso wie die ständige Übernahme von Risiken und Verlusten seit Ausbruch der Finanzkrise. Skandalberichte über Griechenland und die Kosten der Bankenrettung reichen jedoch zur Erklärung der Krise nicht aus. Bei der Einführung der Währungsunion große Versäumnisse gemacht, die dringend nachgeholt werden müssen. Die Politik der Bundesregierung ist dabei ausdrücklich abzulehnen, da sie die Krise mit ökonomischen Voodoo-Rezepten zu lösen versucht und zugleich die soziale Spaltung Europas vorantreibt.

Ich sende Ihnen mit diesem Schreiben das Positionspapier „Wege aus der Eurokrise“ der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Darin stellen wir unser Gesamtkonzept zum Umgang mit den von Ihnen angesprochenen Problemen vor. Zur Ergänzung sende ich Ihnen auch das in meinem Büro erarbeitete Papier „Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0“.

Mit freundlichen Grüßen,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Axel Troost', is centered on the page. The signature is fluid and cursive.

- Dr. Axel Troost -

Anlagen:

- Wege aus der Krise – Positionspapier der Bundestagsfraktion DIE LINKE
- Axel Troost & Lisa Paus: Eine Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0